

## DIE „ARISIERUNG“ JÜDISCHEN VERMÖGENS IN BÖHMEN UND MÄHREN

Die Ausschaltung und Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, von den Nationalsozialisten euphemistisch als „Arisierung“ bezeichnet, stieß lange Zeit auf ein eher begrenztes Interesse der Historiker. Erst seit wenigen Jahren befaßt sich die Forschung eingehend mit dem Raub und der Verteilung des jüdischen Eigentums; zunehmend gerät dabei auch die nationalsozialistische „Arisierungspolitik“ in den angeschlossenen und besetzten Gebieten in das Blickfeld. Die vom 13. bis 15. November 2000 vom Forschungsinstitut Theresienstädter Initiative in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Prag ausgerichtete Konferenz sollte, so Jaroslava Milotová (Prag) in ihrer Begrüßung, den Stand der Forschungen zum „Arisierungsprozeß“ im „Protektorat Böhmen und Mähren“ reflektieren. Beiträge zum „Reichsgau Sudetenland“, zur Slowakei und zum „Altreich“ rundeten das Bild ab. Die Bedeutung des Themas unterstrich der stellvertretende Ministerpräsident der Tschechischen Republik, Pavel Rychetský, in seinem Grußwort.

Der erste Vortragsblock befaßte sich mit der tschechischen Gesellschaft und ihrer Haltung zu den „Arisierungen“. In das Thema führte ein Papier von Miroslav Kárný (Prag) über die „Rolle der Arisierung jüdischen Vermögens in der deutschen Okkupationspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren“ ein. Die Kollaboration der tschechischen Bevölkerung in der „Judenfrage“ sei von der Besatzungspolitik geplant gewesen, die Protektoratsregierung habe die wirtschaftliche Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung selbst bewerkstelligen sollen. Dabei sei das Vorgehen der Regierung drastisch gewesen, was sich bereits frühzeitig bei der „Ausschaltung“ der Juden aus verschiedenen Berufen gezeigt habe. Veräußerungen von Sachwerten seien hingegen an die Genehmigung der deutschen Besatzungsbehörden geknüpft gewesen, um eine „Tschechisierung“ des jüdischen Eigentums zu verhindern. Unklar sei, warum der jüdische Besitz nicht, wie ursprünglich vorgesehen, zur Gewinnung und Belohnung tschechischer Kollaborateure eingesetzt worden sei. Jan Gebhardt (Prag) untersuchte in seinem Beitrag „Die tschechische Gesellschaft und die Arisierung“. Gebhardt zufolge hätten sich bereits Ende 1938 auch in der Tschecho-Slowakei antisemitische Strömungen offenbart. So hätten etwa Juden nicht Mitglied der „Strana národné jednoty“ (Partei der nationalen Einheit) werden können. Diese Partei habe die „Entjudung“ der freien Berufe und die „Ausschaltung des jüdischen Einflusses“ in allen Bereichen der Kultur gefordert, wobei die tschechischen Antisemiten bemerkenswert früh „rassisch“ argumentierten. Aber, so bilanzierte Gebhardt, die Antisemiten und auch die Mitglieder der Protektoratsregierung hätten nicht die gesamte tschechische Gesellschaft repräsentiert. Der Sicherheitsdienst (SD) habe sich häufiger gezwungen gesehen, über Solidaritätsbekundungen der Tschechen mit den verfolgten Juden zu berichten.

Jan Kuklík senior (Prag) betrachtete das Verhältnis des tschechischen Widerstandes zu den „Arisierungen“ anhand der Kurierdepeschen zwischen Prag und London. Seiner Ansicht nach sei die Einstellung zur „Judenfrage“ der „Lackmustest“ für die demokratische Haltung des Widerstandes gewesen. Dieser habe in seinen Berichten deutlich darauf aufmerksam gemacht, daß „Arisierung“ zumeist

auch „Germanisierung“ bedeute. Insbesondere 1940 seien Informationen darüber nach London weitergegeben worden. Die Berichterstatter hätten bereits frühzeitig den Verdacht geäußert, daß nach den jüdischen auch die tschechischen Betriebe „germanisiert“ würden. Jan Němeček (Prag) beleuchtete „Das Londoner Exil und die Lösung der Judenfrage“. Die Judenverfolgung, so sein Fazit, habe die tschechoslowakische Auslandsregierung lediglich am Rande interessiert. Wenn sie überhaupt erörtert worden sei, dann nur in Zusammenhang mit Fragen der tschechischen Emigration. Eine Wiedergutmachung erlittenen Unrechts sei nie Thema des Exils gewesen.

Den zweiten Vortragsblock eröffnete Helena Petrův (Prag) mit einem Beitrag über „Rechtliche Aspekte der Arisierung des jüdischen Vermögens im Protektorat Böhmen und Mähren“. Die „Arisierung“ habe bereits in den ersten Tagen nach der Besetzung begonnen, die Initiative sei von der Protektoratsregierung ausgegangen. Diese habe zunächst gehofft, jüdischen Besitz in tschechische Hände überführen zu können – jedoch ohne Erfolg. Der zentrale Schritt zur Durchführung der Enteignung sei die „Verordnung über das jüdische Vermögen“ gewesen, die Reichsprotector von Neurath am 21. Juni 1939 erlassen hat. Durch sie erhielten die Kriterien der Nürnberger Rassengesetze auch im „Protektorat“ Gültigkeit. Bei den „Arisierungen“ sei die Definition des Begriffs „jüdisches Unternehmen“ sehr breit gefaßt worden. Dadurch sei die Bestellung von Treuhändern nicht nur in jüdischen, sondern auch in nichtjüdischen Betrieben möglich geworden. Das Referat von Jaroslava Milotová nahm von Neuraths Verordnung vom 21. Juni 1939 genau unter die Lupe. Bereits vor Erlass der Verordnung seien durch das reibungslose Zusammenspiel von Besatzungsbehörden, Gestapo, SD und auch deutschen Banken große Werte konfisziert worden. Von Neuraths Verordnung habe gegen Hitlers Absicht verstoßen, die Behandlung der „Judenfrage“ der Protektoratsregierung zu überlassen und damit das definitive Ende tschechischer „Arisierungsbestrebungen“ dargestellt.

Jörg Osterloh (Bochum/Dresden) untersuchte die Rolle des Gauwirtschaftsberaters der NSDAP im „Reichsgau Sudetenland“, Wolfgang Richter, bei der Durchführung der „Arisierungen“. Richter habe aufgrund seiner bedeutenden Stellung in der Wirtschaft des Gaus versucht, die „Arisierungen“ im Sinne sudetendeutscher Interessen abzuwickeln. Letztlich sei er aber mit seinen Bemühungen gescheitert: Nach derzeitigem Kenntnisstand sei ein Großteil der Beute reichsdeutschen Privatpersonen und Konzernen zugute gekommen. Im folgenden Beitrag umriß Ivan Kamenec (Bratislava) den „Arisierungsprozeß“ in der Slowakei. Erste „Arisierungsschritte“ habe es bereits zur Zeit der Zweiten Republik gegeben. Ab März 1939 seien „Treuhänder“ für jüdische Unternehmen ernannt worden. Die Prüfung der „Arisierungsbewerber“ auf ihre fachliche Eignung sei aber mangelhaft und Korruption weit verbreitet gewesen. Insgesamt habe die „Arisierung“ etwa 13 500 Betriebe betroffen.

Der erste Vortragsblock des zweiten Tages lenkte den Blick auf die Rolle der Banken im „Arisierungsprozeß“. In einem gemeinsamen Papier berichteten Jiří Novotný und Jiří Šouša (beide Prag) über die Bedeutung der Nationalbank für Böhmen und Mähren für das Besatzungsregime. Das Institut sei binnen kurzem in

Abhängigkeit von der Reichsbank und zugleich unter die Kontrolle des Amtes des Reichsprotektors geraten. Juden und ehemalige Legionäre seien sofort entlassen worden, Sudetendeutsche in Schlüsselpositionen aufgerückt. Insbesondere an der Beschlagnahme des „jüdischen“ Goldes sei die Nationalbank beteiligt gewesen. Harald Wixforth (Dresden) betrachtete die Übernahme und „Arisierung“ von Aktienbanken im Sudetenland und im „Protektorat“ am Beispiel der Böhmisches Union-Bank (BUB). Die Besetzung des Sudetenlandes habe den Großbanken aus dem „Altreich“ die Möglichkeit einer weitreichenden Expansion geboten, die diese auch genutzt hätten. Böhmisches Escompte Bank (Bebca) und BUB hätten sich besonders für eine Übernahme angeboten, da diese nach nationalsozialistischer Definition als „jüdisch“ gegolten und zudem wertvolle Industriebeteiligungen besessen hätten. Die Übernahme der BUB durch die Deutsche Bank habe für diese eine erhebliche Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit bedeutet. Die Kontrolle des Bankwesens mit seiner „strategischen Schlüsselposition“ in der Wirtschaft der besetzten Gebiete sei für die deutschen Expansionspläne von großer Bedeutung gewesen. Die „Arisierungstätigkeit“ der Banken stellte Drahomír Jančík (Prag) in den Mittelpunkt seines Referats über die Bebeca. Diese habe der Dresdner Bank zur wirtschaftlichen Durchdringung des Sudetenlandes gedient. Vielfach sei sie an „Arisierungen“ beteiligt gewesen, wobei sie von den guten Beziehungen zur Gestapo leitstelle in Prag profitieren konnte. Den Hauptgewinn habe ihr die Bereitstellung von „Arisierungskrediten“ gebracht. Verschiedene Bankinstitute seien aber auch an der Bestellung von Treuhändern und an der Verwaltung „feindlichen Vermögens“ beteiligt gewesen. Dies verdeutlichte Eduard Kubů (Prag) in seinem Beitrag über die Kreditanstalt der Deutschen (KdD) und ihre sogenannte „Abteilung F“. In der anschließenden Diskussion ergänzte Kubů, daß Bebeca und BUB die Hauptnutznießer der „Arisierungen“ gewesen seien. Allerdings habe die KdD gute Gewinne bei der „Arisierung“ der klein- und mittelständischen Wirtschaft gemacht.

Im folgenden Themenblock wurde der Raub von Kunstgegenständen aus jüdischem Besitz untersucht. Michaela Hájková (Prag) betrachtete „Die Vergabe konfiszierter Kunstgegenstände auf Protektoratsgebiet“. Am Raub von Kunstwerken aus dem Besitz von jüdischen Auswanderern, Verhafteten und Deportierten seien die Gestapo, die Zentralstelle für jüdische Auswanderung und das Vermögensamt beteiligt gewesen. Den Wert der Kunstwerke hätten anschließend Fachleute geprüft. Besonders Wertvolles habe man der „Sonderaktion Linz“ oder öffentlichen Sammlungen zur Verfügung gestellt, den Rest verkauft. Lubomír Slavíček (Brünn/Brno) konzentrierte sich in seinem Vortrag auf „die Rolle des Handels mit Kunstgegenständen im Rahmen der Konfiszierung jüdischen Vermögens“. Er betonte, daß eine ganze Reihe von Auktionshäusern am Handel mit Raubkunst beteiligt gewesen sei. Auch spielten Vertreter verschiedener Museen bei Auktionen beziehungsweise bei der Bewertung der Kunstwerke eine wichtige Rolle. Die Auktionen hätten aber, gemäß einer Verordnung von Neuraths, nicht im Reichsgebiet stattfinden dürfen, um so den Verbleib der Kunstwerke im „Protektorat“ sicherstellen zu können. Zugleich habe aber, so Slavíček, eine Meldepflicht für wertvolle Kunstwerke an Hitlers Sonderbeauftragten für die „Aktion Linz“ bestanden. Vít Vláš (Prag) refe-

rierte über „die Nationalgalerie in Prag und die Kunstgegenstände aus dem Vermögen von Opfern des Holocaust“. Vlñas zufolge habe sich der Direktor der Nationalgalerie, Josef Cibulka, in verschiedenen Aktionen zur Rettung von Kunstsammlungen engagiert. Er habe dabei, so Vlñas, stets im Einvernehmen mit den jüdischen Besitzern gehandelt. Eine offizielle Einschätzung besage, daß insgesamt etwa 2 500 Kunstwerke enteignet worden seien. Nach Kriegsende sei eine Reihe von ihnen zurückgegeben worden. Ein Ende habe die Rückgabe mit dem kommunistischen Putsch vom Februar 1948 gefunden, der für die ehemaligen jüdischen Eigentümer einer zweiten Enteignung gleichgekommen sei.

Dirk Rupnow (Wien) stellte seine Arbeit über „Die Arisierung des Gedächtnisses?“ – Das Jüdische Zentralmuseum in Prag als Endlager der Endlösung im Protektorat“ vor. Er betonte, daß man bisher die symbolische Komponente des Besitzes bei der „Arisierungsforschung“ zu wenig beachtet habe. Der Plan zur Gründung eines jüdischen Zentralmuseums für das „Protektorat“ sei 1942 aufgekomen. Es sei von jüdischen Wissenschaftlern unter Aufsicht der SS errichtet worden. Als sich die „Endlösung“ abzeichnete, habe sich eine „absurde“ Sammlungstätigkeit entwickelt, die Wissenschaftler hätten versucht, so viel wie möglich zusammenzutragen. Das Museum müsse als ein „Endlager“ der Erinnerung betrachtet werden. Auch die beteiligten Wissenschaftler hätten sich durch ihre Tätigkeit nicht retten können; ihnen blieb nur, ihren Besitz vor der eigenen Deportation an das Museum zu übergeben.

Den abschließenden Vortragsblock eröffnete Ingo Köhler (Bochum), der in einem Exkurs die Quellenlage zum Thema „Arisierungen im Altreich zwischen 1933 und 1939“ reflektierte. Er wies dabei vor allem auf die Akten im Bundesarchiv und in verschiedenen Staatsarchiven in Deutschland hin und hob die Bedeutung des sogenannten Sonderarchivs in Moskau, insbesondere des Bestandes „Reichswirtschaftsministerium“, hervor.

Petr Bednařík (Prag) umriß die „Arisierung“ der tschechischen Filmindustrie. Diese habe bereits Ende 1938 begonnen und unter dem Motto der „Nationalisierung“ gestanden. Die eigentliche „Arisierung“ habe aber erst nach dem Einmarsch deutscher Truppen im März 1939 begonnen. An der Enteignung seien verschiedene Filmkonzerne aus dem Reich, so etwa die Bavaria-Film aus München, beteiligt gewesen. Nicht nur Produktionsfirmen, auch Filmverleihe und Kinos seien rasch „arisiert“ worden. Ladislav Hladký (Náchod) umriß die „Arisierung“ der Textilindustrie im Gebiet von Náchod. An der Gründung der meisten Unternehmen dort seien Juden beteiligt gewesen. Die Okkupationsbehörden hätten ein großes Interesse an diesen Betrieben gezeigt. In einigen Fällen konnte Hladký Sudetendeutsche als treuhänderische Verwalter der jüdischen Unternehmen nachweisen. Käufer der Betriebe seien in der Regel aber Reichsdeutsche gewesen. Monika Sedlaková (Prag), gab einen Überblick über die Quellenlage zum Thema „Arisierung“ im Statní ústřední archiv (Zentrales Staatsarchiv) in Prag; Insbesondere in den Beständen „Amt des Reichsprotektors“, „Staatssekretär beim Reichsprotektor“, „Deutsches Staatsministerium Böhmen und Mähren“ und „Gestapo Prag“ fände sich aussagekräftiges Material. Informationen zur Restitution jüdischen Eigentums nach 1945 befänden sich vor allem in den Beständen der Finanzverwaltung sowie der Mini-

sterien für Arbeit- und Sozialverwaltung, des Innern und der Justiz. Jan Kuklík junior (Prag) referierte über die Durchführung und Probleme der Restitution jüdischen Eigentums in der Nachkriegszeit. Die Restitutionsvorschriften nach dem Krieg hätten das gesamte Staatsgebiet der Tschechoslowakei betroffen, obwohl die „Arisierungen“ im Sudetenland, im „Protektorat“ und in der Slowakei doch erhebliche Unterschiede aufwiesen. Juden, die sich in der Ersten Republik zur deutschen Sprache oder gar Nationalität bekannt hatten, sei die Restitution ihres Eigentums verweigert worden. Nach dem kommunistischen Putsch hätten die neuen Machthaber nicht alle Restitutionsanträge abgelehnt, sondern teilweise andere Wege der Enteignung gewählt.

Die Tagung schlossen Felix Kolmer (Prag), Vorstandsmitglied der Theresienstädter Initiative, mit einem Dankeswort an die Teilnehmer und Alice Teichová (Cambridge/Wien), die eine Bilanz der Veranstaltung zog. Sie hob hervor, daß es sich um die erste größere Veranstaltung zu diesem Thema in der Tschechischen Republik gehandelt habe und es nun wichtig sei, das Thema weiter konzentriert zu verfolgen. Die Veröffentlichung der Beiträge in einem Sammelband ist vorgesehen.